

Uber bekommt in Genf Konkurrenz

Der Online-Fahrdienstvermittler Uber erhält in Genf Konkurrenz durch die französische Plattform Kaptén. Ein Ausbau in andere Städte der Schweiz ist vorerst kein Thema.



Bild: pixabay

Kaptén wurde im Jahr 2012 als «Chauffeur Privé» gegründet und gehört seit Ende 2017 zum Daimler-Konzern. Der Fahrdienstvermittler ist nebst Paris auch noch in Lyon, von Cannes aus an der Côte d'Azur, in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon und neu in Genf vertreten. Am Schweizer Sitz beschäftigt Kaptén sieben Mitarbeitende.

Alternative zu Uber

Man wolle in Genf eine Alternative zu Uber bieten, sagte Schweiz-Chefin Frédérique Delahaye am Dienstag an einer Pressekonferenz. Darüber hinaus sieht sie für Fahrdienste grosses Potenzial, da dieser Service noch nicht so bekannt sei.

Bei Kaptén geht man davon aus, dass sich der Durchschnittspreis je Fahrt in Genf um die 20 Franken bewegen dürfte, wobei die Fahrer der Plattform eine Kommission von 25 Prozent bezahlen müssen. Andere Anbieter würden mehr verlangen, erklärte Delahaye.

Soziale Verantwortung wahrnehmen

In einem ersten Schritt rekrutiert Kaptén in der Westschweizer Stadt rund 300 Fahrer. Man werde für die Mitarbeitenden die soziale Verantwortung wahrnehmen und die lokalen Gesetze einhalten, versprach Delahaye.

Vergangene Woche hatte der Genfer Staatsrat Mauro Poggia lautstark gefordert, dass Uber und Firmen mit einem ähnlichen Geschäftsmodell die Gesetze etwa zum Schutz der Arbeitnehmenden einhalten müssten.

Poggia drohte damit, andernfalls der Sache eine Ende zu setzen. Er hatte das Dossier von seinem teilweise entmachteten Amtskollegen Pierre Maudet übernommen.

Ausbau in Europa

Mit neuem Namen will der Fahrdienstvermittler das internationale Geschäft ausbauen. Künftig sollen die Dienste in fünfzehn Städten ausserhalb Frankreichs angeboten werden und der Umsatz werde sich bis 2020 verfünffachen, hiess es. Kaptén erzielt heute mit den rund 22'000 Fahrern einen Jahresumsatz von 160 Millionen Euro, das sind in etwa 180 Millionen Franken.

In der Schweiz werde man sich vorerst auf den Aufbau des Geschäfts in Genf konzentrieren, hielt Schweiz-Chefin Delahaye fest. Ein Ausbau in andere Städte oder Regionen käme erst dann infrage, wenn die gesetzliche Grundlage in den betroffenen Kantonen genauso klar geregelt ist, wie es in Genf der Fall sei. Derzeit sei beispielsweise der Kanton Waadt daran, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. (sda/pt)

Publiziert am Mittwoch, 13. Februar 2019